

**Geschäftsführer Sebastian Chwala**

Bahnhofstr. 6  
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 1. Oktober 2020

## **Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 25. September 2020**

### **A49-Moratorium und Solidarität mit ver.di-Streiks weggestimmt – Milieuschutzsatzung wird „geprüft“ – Studie über NS-Widerstand beschlossen – Protest gegen Abschiebung**

Schwerpunkt der monatlichen Sitzung der Marburger Stadtverordneten am letzten Freitag war die Einbringung des Haushalts 2021 durch Oberbürgermeister Thomas Spies. Daneben standen ein Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 und zahlreiche Anträge auf der Tagesordnung der Sitzung, die Corona-bedingt im Erwin-Piscator-Haus stattfand und zeitlich stark verkürzt war. Die meisten Anträge mit angemeldeter Aussprache mussten aufgrund des Zeitmangels auf die Sitzung im Oktober verschoben werden. Somit blieb es bei der Einbringung einiger Dringlichkeitsanträge, sowie einer Debatte über Wohnungspolitik.

### **Dringliche Anträge: Marburger Linke fordert Ende des Weiterbaus der A49 und Solidarität mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in der laufenden Tarifrunde**

Insgesamt fünf Dringlichkeitsanträge wurden gestellt, aber keiner erreichte die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit, um sofort auf die Tagesordnung zu kommen. Auch die Marburger Linke hatte zwei Anträge eingereicht.

Der erste forderte den Magistrat auf, sich entschieden bei Bundes- und Landesregierung gegen den Weiterbau der A49 einzusetzen. Jan Schalauske verwies darauf, dass die neue Autobahn keine Entlastung für die Region zur Folge hätte, sondern nur neue Verkehre mit weiteren verheerenden ökologischen Folgen mit sich bringen würde. Stattdessen solle in den Ausbau der Schiene investiert werden. Die Regierungsmehrheit mochte sich dieser Forderung nicht anschließen und verwehrte dem Antrag die Dringlichkeit. Dieser wird nun auf der Tagesordnung im kommenden Monat stehen.

Der zweite dringliche Antrag befasste sich mit den beginnenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst. Die Fraktionsvorsitzende Renate Bastian erinnerte in ihrer Begründung des Antrags daran, dass die Corona-Zeit für die Beschäftigten mit noch größeren Belastungen, als ohnehin schon üblich, verbunden war. Umso mehr müsse die Stadt Marburg sich nun solidarisch mit den Lohnforderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeigen. „Die geleistete gesellschaftliche Arbeit muss sich auch finanziell auszahlen“, so Bastian weiter.

### **Marburger Linke fordert Millieuschutzsatzung gegen Mieter\*innenverdrängung**

Nach der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters, der die Politik der ZIMT-Koalition in den rosigsten Farben schilderte, konnte die Marburger Linke schließlich noch einmal das Wort ergreifen und ihre Forderung nach einer Millieuschutzsatzung bekräftigen. Damit soll eine Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen unter Genehmigungsvorbehalt gestellt wer-

den, um eine Verdrängung von langjährigen Mieter\*innen aus ihren angestammten Quartieren zu verhindern. Schon die Altstadtsatzung habe bewiesen, so die Stadtverordnete der Marburger Linken Tanja Bauder-Wöhr, dass eine Verbindung von Sanierung und Schutz von alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohnern möglich sei. Dieses Konzept habe man leider aufgegeben, zugunsten der Schaffung renditeträchtigen Wohnraums. Im Zusammenhang mit einer kommunalen Bodenpolitik könne also sehr wohl Einfluss auf die Entwicklung der Mietpreise in der Stadt genommen werden. Dennoch verstecke sich die Stadt weiterhin hinter dem Argument, dass auf den privaten Grundstücksmarkt kein Einfluss genommen werden könne.

Dieser Antrag wurde schließlich in geänderter Form beschlossen. SPD, CDU und BfM wollen nun prüfen, ob in der Stadt Marburg schützenswerte Milieus überhaupt bestehen. Da Prüfanträge in Marburg meistens ohne wirkliche Folgen bleiben, dient dieses scheinbare Entgegenkommen der ZIMT eher dazu, das Thema aus dem öffentlichen Blickfeld verschwinden zu lassen.

### **Stadt beschließt Studie zur Aufarbeitung des Widerstands gegen NS-Regime, sprach sich gegen die Abschiebung von Frau Ubah Qule und lehnte eine Übernahme der Marburger Molkerei durch die Kommune ab**

Ohne Aussprache setzte das Marburger Stadtparlament anschließend einstimmig zwei wichtige Zeichen. Einerseits beschloss man, eine Aufarbeitung des Widerstands gegen den Faschismus in den Jahren 1933-45 in Auftrag zu geben. Zudem sprach sich das Haus gegen die Abschiebung von Frau Ubah Qule und ihren beiden Kindern aus, die seit sechs Jahren in Marburg leben und sozial vollständig integriert sind. Die Marburger Linke fand allerdings keine Mehrheit für ihren Antrag, die insolvente Marburger Traditionsmolkerei in öffentlicher Regie weiterzuführen, oder aber wenigstens das Grundstück für eine öffentliche Nutzung zu erwerben.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm und Stefanie Wittich